

"Rückkehr zum Monnetplan und Aufgabe des Marshallplans" in Combat (16. Juni 1949)

Legende: Am 16. Juni 1949 kommentiert die französische Tageszeitung Combat das Programm der Gewerkschaft Confédération Générale du Travail (CGT) für den sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Quelle: Combat. 16.06.1949. [s.l.]. "Retour au plan Monnet et abandon du plan Marshall".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ruckkehr_zum_monnetplan_und_aufgabe_des_marshallplans_in_combat_16_juni_1949-de-76d16c95-14be-4020-82ae-b65b809dd087.html



Publication date: 05/07/2016

Rückkehr zum Monnetplan und Aufgabe des Marshallplans

fordert die C.G.T. in einem Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau

Da die Gewerkschaft C.G.T. wohl der Auffassung ist, dass die französische Wirtschaft sich an einem bedeutsamen Scheideweg befindet, hat sie soeben „ein Programm für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau“ veröffentlicht. Der Inhalt dieses sehr umfangreichen Dokuments lässt vermuten, dass es als Grundlage für den Aufruf zum gemeinsamen Handeln der Gewerkschaften und selbst der Politik dienen soll, das dem Dokument zufolge „alle Elemente der Gesellschaft, Arbeiter des Kopfes und der Hand, landwirtschaftliche Lohnarbeiter, Handwerker, ehrenhafte Kaufleute und unabhängige Industrielle“ einschließen würde.

In einem kurzen historischen Rückblick erinnert die CGT daran, dass sie sich bereit erklärt hatte, an der Ausarbeitung des Monnetplans mitzuwirken, „ohne sich Illusionen über die Möglichkeiten staatlicher Planung in einem kapitalistischen System zu machen“. Seit zwei Jahren jedoch sei dieser Modernisierungsplan mehr und mehr aufgegeben worden, „unter dem Druck eines ausländischen Expansionismus, dem eine dekadente Klasse keinerlei Widerstand entgegengesetzt hat“.

Was für Konsequenzen sind daraus entstanden? Preisinflation und Gewinnexplosion in Industrie und Handel, Verlangsamung der Investitionen in den verstaatlichten Bereichen, Konkurrenzdruck durch importierte Industrieprodukte, ausländische Investitionen.

Die „Drückende Last“ des Marshallplans

Um dieser Situation und diesen Perspektiven entgegenzuwirken, schlägt die CGT ein Programm vor, das insbesondere folgende Punkte vorsieht: sofortiger Verzicht auf die geplante Verlangsamung der Stromproduktion, volle Auslastung der Eisen- und Stahlindustrie, jedoch „nicht zu Zwecken der amerikanischen Rüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik“, Widerstand gegen den Druck der britischen und amerikanischen Erdölgesellschaften, die den Straßentransport fördern, Förderung der Erzeugung von Atomenergie ... Andererseits wird in dem Programm die Auffassung vertreten, dass die Textilproduktion ausreichend sei und dass die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen gemessen an den ursprünglichen, nicht realisierten Ansätzen des Monnetplans leicht reduziert werden könne.

Die C.G.T. kritisiert heftig die Außenhandelspolitik und kann sich die Ausrichtung der französischen Wirtschaft auf hohe Agrarexporte nur mit geplanten Kriegsvorbereitungen erklären.

Die C.G.T. spricht sich hingegen für eine prosperierende und gut ausgerüstete Industrie aus, die sich allmählich von Importen aus der Dollarzone freimachen soll. Die Prioritäten sollten folgendermaßen gesetzt werden: „Deutschland im Rahmen seiner Reparationsverpflichtungen; Überseegebiete, um eines gerechten Warenaustauschs willen; Osteuropa; die Sterlingzone; andere Währungszonen; schließlich die Dollarzone.“

Damit „wäre die Möglichkeit einer Unterstützung aus dem Ausland im Rahmen einer internationalen, von den UN kontrollierten Hilfspolitik, die diesen Namen tatsächlich verdient, für die Überseeländer“ nicht ausgeschlossen, oder auch für Frankreich, dann jedoch „unter Kontrolle der UN-Wirtschaftskommission für Europa“.

Der für die Umsetzung des Programms notwendige Investitionsaufwand würde sich insgesamt auf etwa 5 000 Milliarden belaufen, verteilt auf vier Jahre.

In den verstaatlichten Industriezweigen könnten die notwendigen Mittel durch die Freigabe der Großhandelspreise der verstaatlichten Industrien bis zur Höhe des allgemeinen Preisindex für Großhandelsprodukte industriellen Ursprungs aufgebracht werden.

Abschließend spricht sich die C.G.T. zwar nicht für zusätzliche Verstaatlichungen aus, weist aber „die künstliche Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Dirigismus“ zurück und verurteilt den augenblicklichen Pseudoliberalismus. Kurz, es wird keineswegs eine totale Umwandlung der bestehenden

Wirtschaftsstruktur gefordert, sondern „strikte Kontrollen, um die absichtliche Sabotage durch die großen Industriekonzerne zu verhindern“.